

## In eigener Sache:

Der AZADI infodienst erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den infodienst kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V.

AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden.

Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

## So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte
- werden Sie Fördermitglied,
- spenden Sie.

## Kontakt- und Bestelladresse:

AZADI e.V.  
Hansaring 82  
50670 Köln  
Tel. 0221/16 79 39 45  
E-Mail [azadi@t-online.de](mailto:azadi@t-online.de)  
Internet [www.nadir.org/azadi/](http://www.nadir.org/azadi/)  
V. i. S. d. P.: Monika Morros  
Layout: Holger Deilke

## Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank eG  
mit Ökobank  
BLZ 430 609 67  
Kto-Nr. 8 035 782 600

## „DIE IDEE DES FRIEDENS IST UNSTERBLICH“

(Heinrich Mann, dt. Schriftsteller 1871 - 1950)



Sakine  
Cansiz

Fidan  
Doğan

Leyla  
Şaylemez

## Am 9. Januar 2013 in Paris von „unbekannten Tätern“ ermordet

Nach einer Trauer- und Abschiedsfeier in der Nähe von Paris wurden die ermordeten Kurdinnen am Abend des 16. Januar 2013, begleitet von ihren Angehörigen und Delegationen aus Europa, nach Amed (Diyarbakir) überführt.

Dort hatten sich Zehntausende versammelt, um die Ermordeten sowie ihren Kampf für Frieden, für Frauenbefreiung und eine politische Lösung der kurdischen Frage zu würdigen.

Am folgenden Tag wurden sie an ihre Geburtsorte nach Dersim, Elbistan und Mersin überführt und dort öffentlich bestattet.

# Alles Geschehen hat eine Vergangenheit

## Der Angriff auf kurdische Exilstrukturen seit 2006 international koordiniert

Es war im September 2012, als Ministerpräsident Tayyip Erdogan gegenüber dem türkischen Privatsender NTV wieder einmal Deutschland und Frankreich bezichtigte, sein Land nicht konsequent genug im Kampf gegen die PKK unterstützen zu wollen, weil dort „Terroristenführer frei verkehren“ könnten. Während Emissäre des türkischen Geheimdienstes MIT den Gesprächsfaden mit Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali wieder aufgenommen haben, wurden ausgerechnet in Paris die kurdischen Genossinnen Sakine, Fidan und Leyla von „unbekannten Tätern“ ermordet. Der Dialogprozess ist vorerst zunichte gemacht. Nationalistische Kräfte in der Türkei und solche auf internationaler Ebene, die ein Interesse daran haben, Gespräche mit der PKK über eine politische Lösung im türkisch-kurdischen Konflikt zu verhindern, gibt es genügend.

### Kurdische Bewegung soll liquidiert werden

Weder die Stigmatisierung der kurdischen Bewegung als eine terroristische Vereinigung, noch die seit Jahren anhaltende Verfolgung tausender kurdischer Politikerinnen und Politiker, Jurist\_innen, Journalist\_innen, von Kindern und Jugendlichen, die wegen mutmaßlicher PKK-bzw. KCK-Mitgliedschaft inhaftiert und vor Gericht gezerrt werden, noch das Schweigen der internationalen Staatengemeinschaft zu diesen Vorfällen, haben dazu geführt, dass Kurdinnen und Kurden ihren Kampf für eine gerechte, friedliche und selbstbestimmte Zukunft aufgegeben haben. Das gilt nicht nur für die Türkei. Auch die strafrechtliche Verfolgung politisch aktiver Kurdinnen und Kurden in Europa, die der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung (in der BRD: § 129b StGB) beschuldigt und angeklagt werden, hat nicht zur Einstellung politischen Engagements geführt.

Welche Kreise also haben Überlegungen angestellt, mit welchen (weiteren) Methoden sie das angestrebte Ziel der Liquidierung der kurdischen Bewegung erreichen könnten, wenn die bisherigen Strategien nicht zum erwünschten Erfolg geführt haben?

### USA: „Occupy“-Aktivisten sollten exekutiert werden

In der jungen Welt vom 11. Januar erschien ein Beitrag, der sich mit freigegebenen Geheimdokumenten der US-Bundespolizei befasste, denen zufolge es Mordpläne gegen Protagonisten der anti-kapitalistischen Bewegung „Occupy

Wall Street“ gegeben habe. Schlüsselpersonen sollten identifiziert und „im Rahmen eines koordinierten Angriffs mit Scharfschützengewehren exekutiert werden“, heißt es in dem Text. Die Herausgabe dieser Dokumente hatte die Bürgerrechtsorganisation „Partnership for Civil Justice Fund“ im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes der USA gerichtlich erzwungen.

Dies haben sowohl die US- als auch die meisten europäischen Medien ignoriert, obwohl üblicherweise jede noch so geringe Drohung gegen US-Bürger\_innen, gleichgültig, wo sie leben, als Sensationsmeldung verbreitet wird.

Dass das „Federal Bureau of Investigation“ (FBI) von Mordplänen gewusst hat, ist aus den 122 Seiten umfassenden Dokumenten ersichtlich. Da heißt es u.a.: „...[Geschwärzt] plante, die Anführer der Protestgruppen nachrichtendienstlich zu bearbeiten und Fotos zu machen und dann einen Plan auszuarbeiten, um die Führung [der Protestbewegung, jw] mit schallgedämpften Scharfschützengewehren zu töten.“

### Agent provocateur sollte „Occupy“-Bewegung diffamieren

Aus anderen Stellen geht hervor, dass sowohl die Bundespolizei als auch die US-Strafverfolgungsbehörden die Aktivisten von „Occupy“ seit ihren Protesten im September 2011 als Kriminelle oder inländische Terroristen eingestuft haben. Keine dieser Behörden hat die mit dem Tod bedrohten Personen geschützt oder versucht, der Mordverschwörung gegen die Aktivist\_innen der „Occupy“-Bewegung nachzugehen. Entgegen sonstiger Gepflogenheit des FBI wurden die geplanten Mordpläne den betroffenen Aktivisten nicht mitgeteilt.





Paris, 12.1.2013

## Alles Geschehen hat eine Vergangenheit Entwicklung der Anti-PKK-Koordination

Fünf Jahre nach den Anschlägen des 11. September strebten die USA eine engere Zusammenarbeit mit der Türkei und den europäischen Ländern gegen den „internationalen Terrorismus“ an, in diesem Fall gegen die kurdische Befreiungsbewegung, deren politischen Ziele und Ideologie den US-amerikanischen Interessen diametral entgegenstanden und -stehen. Das bewog die USA, erst die PKK, später KADEK und KONGRA-GEL auf die UN-Terrorliste zu setzen. So wurde zur Entwicklung eines gemeinsamen Strategie- und Zeitplans im Herbst

Das Netzwerk aus FBI, Heimatschutzbehörde und Polizei einerseits sowie privaten so genannten Sicherheitsdiensten, „deren Aktivitäten unter dem gemeinsamen Dach mit dem Namen Domestic Security Alliance Council zentral geplant und lokal ausgeführt wurden“, sei erschreckend, schrieb die US-Schriftstellerin und Bürgerrechtlerin Naomi Wolf im britischen Guardian.

Nach einem Bericht der Huffington Post hat das FBI auch einen wegen Bankraubs verurteilten Mann als Agent Provocateur angeheuert, der einige arbeitslose Jugendliche gegen Arbeit, Alkohol und Drogen dazu brachte, unter seiner Führung eine Bombe herzustellen. Zum geeigneten Zeitpunkt dann wurden die Jugendlichen vom FBI festgenommen und „Occupy“ als terroristisch diffamiert werden.

### Geheime Dokumente aus der US-Botschaft in Ankara

Dass es sich bei der Tat von Paris um einen gezielten Angriff auf die PKK und ihre Organisationen, den begonnenen Dialogprozess und insbesondere auf die erfolgreiche kurdische Frauenbewegung gehandelt hat, dürfte fraglos sein.

Wie die junge welt vom 14. Januar berichtete, hat Wikileaks nun ein Geheimdokument der US-Botschaft in Ankara vom Dezember 2007 veröffentlicht. In dem Papier geht es um das Bemühen der US-amerikanischen und türkischen Administrationen, Geldtransfers an die PKK im Gebiet der kurdischen Autonomieregion im Nordirak zu unterbinden. Zu „Top-Zielen“ erklärt werden Sakine Cansiz – „Finanzexpertin“ und „Strategin“ – sowie der mutmaßliche PKK-Kader Riza Altun erklärt. Deren Festnahme würden die PKK-Aktivitäten in Europa begrenzen und signalisieren, dass es in Europa keine sichere Zone für Geldsammlungen gebe. Aus diesem Grunde solle Druck auf die EU-Länder ausgeübt werden, entsprechende Maßnahmen gegen die Beiden zu ergreifen.

Ein Blick zurück und ins Detail ist vielleicht hilfreich.

2006 die „Anti-PKK-Koordination“ gegründet. Als „Sonderkoordinator“ hatte die Bush-Regierung schon am 28. August 2006 den ehemaligen Oberkommandierenden der NATO-Truppen in Europa, Joseph Ralston, nominiert. Der Ex-General ist zu dieser Zeit auch Vorstandsmitglied der Rüstungsfirma Lockheed Martin gewesen, von der die Türkei damals etliche F-16-Flugzeuge gekauft hat. Aktiv war der Militarist ferner im Türkisch-Amerikanischen Rat, in dem zahlreiche Wirtschaftskonzerne der USA und Türkei organisiert sind. Bekanntgeworden ist Ralston zu Zeiten des Jugoslawienkrieges ferner durch seine Unterstützung für die albanische Terrororganisation UCK.

Die Türkei berief in dieses Gremium den Ex-General Dr. Halit Edip Başer. Er hatte zu dieser Zeit den Vorsitz des wichtigsten Think-Tanks des türkischen Militärs inne – des „Europäisch-asiatischen Zentrums für strategische Forschung“ (ASAM).

### Ankaras Liste der 150

Bei einem Besuch Ralstons in Ankara am 13. September 2006 wurde diesem eine Liste mit den Namen von 150 Namen übergeben, deren Auslieferung die Türkei erwartet. Einer Meldung des TV-Senders CNN Türk zufolge wollte die türkische Regierung auf diese Weise die Ernsthaftigkeit der USA testen, mithilfe des Koordinationsmechanismus tatsächlich gegen die PKK vorzugehen.

Eine solche Liste mit der magischen Zahl 150 spielte schon einmal eine Rolle: Im Dezember 2001 überreichte der damalige türkische Innenminister Rüstü Kazım Yücelen seinem deutschen Amtskollegen Otto Schily (SPD) den Steckbrief mit den Namen von überwiegend kurdischen Oppositionellen, deren Auslieferung die Türkei einforderte – darunter auch 33 Abgeordnete des Kurdischen Exilparlaments.

Nach der Installierung des Anti-PKK-Gremiums entwickelte sich eine rege Reisetätigkeit aller an diesem Superkriminalisierungsprozess beteiligten Regierungen, Arbeitsgruppen auf den verschiedenen politi-

schen, juristischen und polizeilichen Ebenen wurden gebildet und die Anti-PKK-Propagandamaschinerie in Gang gesetzt.

### **US-Koordinator Urbancic verglich PKK mit einem Kraken**

Anfang Dezember 2006 unternahm der Stellvertreter der nach dem 11.9.2001 gegründeten Abteilung Antiterroroordination des US-Außenministeriums, Frank Urbancic<sup>1</sup> eine gemeinsame zehntägige Reise mit dem Direktor des ebenfalls dem US-Außenministerium unterstehenden Südosteuropabüros durch sechs europäische Länder. Begleitet wurden die Beiden von Spezialisten der Außen-, Justiz- und Finanzministerien sowie Sicherheitsexperten. Es ging darum, Strategien zur Niederringung der PKK zu erarbeiten. Die Reise hätte unter klandestinen Umständen stattfinden sollen. Ganz gelang das nicht. Zumindest ist seinerzeit bekanntgeworden, dass Frankreich, Deutschland und Belgien zu den auserwählten Ländern gehörten und die Türkei den Schlusspunkt der Konsultationen bildete. Dort trafen die Entsandten u. a. mit dem damaligen Generaldirektor der geheimdienstlichen Abteilung des Außenministeriums, Hayati Güven, sowie dem türkischen Anti-PKK-Koordinator Edip Başer zusammen.

In einem Gespräch mit dem türkischen Fernsehsender NTV verglich Urbancic die PKK mit einem Kraken, der seine Arme überall ausstrecke, weshalb „jeder Arm angegriffen“ werden müsse. Weiter erklärte er, dass der zum 1. Oktober 2006 von der Befreiungsbewegung ausgerufene einseitige Waffenstillstand nicht angenommen werde: „Wir sind davon überzeugt, dass der PKK ein Ende bereitet werden muss. Sie muss ihre Waffen niederlegen. Mit Kontaktaufnahme oder Waffenstillstand beschäftigen wir uns nicht.“

Außerdem kritisierte Urbancic das Verhalten Dänemarks, von wo aus der kurdische Fernsehsender ROJ TV seit dem Jahre 2004 seine Beiträge ausstrahlte. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass von dort aus Propaganda für die PKK betrieben werden könne.

### **Kurdische Medien im Fokus – Deutsche Regierung turnt vor**

Zu jener Zeit hieß der dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen<sup>2</sup>.

Allen Forderungen seitens der türkischen Regierung, ROJ TV die Lizenz zu entziehen, widerstand er mit dem Verweis darauf, dass in Dänemark das demo-

kratische Prinzip der Meinungs- und Pressefreiheit gelte und die Behörden danach handelten. Diese sahen sich nach mehrfachen Überprüfungen nicht veranlasst, die Ausstrahlung von Sendungen zu unterbinden.

Doch sowohl die USA als auch die Türkei forcierten den Druck auf Dänemark und die übrigen EU-Länder. Deutschland turnte vor: Am 13. 2008 erließ der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) „im Geltungsbereich des [deutschen] Vereinsgesetzes“ ein Verbot der in Dänemark ansässigen Firmen ROJ TV A/S und Mesopotamien Broadcast A/S METV. Einen Monat zuvor waren die Studioräume von ROJ TV in Wuppertal sowie die für den Sender produzierende Firma VIKO in Köln durchsucht und geschlossen worden. Begründet wurden die Maßnahmen mit der Behauptung, bei ROJ TV handele es sich um ein „Sprachrohr“ der PKK. Dass sich später auch Dänemark diesem Druck beugte, hatte einen besonders perfiden Hintergrund.

2009 wurde das Amt des Generalsekretärs der NATO vakant und der dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen stand als Kandidat zur Diskussion. Diesem Plan widersetzte sich die Türkei vehement, u.a. mit dem Hinweis auf die Weigerung von Anders Fogh Rasmussen, ROJ TV zum Schweigen zu bringen. Er ließ sich „überzeugen“ und sagte zu, entsprechende Schritte einzuleiten.

Seit dem 1. August 2009 ist Rasmussen NATO-Chef in Brüssel und in Kopenhagen laufen seitdem alle polizeilichen und juristischen Maßnahmen gegen den kurdischen Fernsehsender.

Am 4. März 2010 trat auch Belgien auf den Plan, ließ die Studios von ROJ TV, die Büros des Kurdischen Nationalkongresses (KNK) sowie Dutzende Privatwohnungen durchsuchen und 15 Kurden festnehmen, darunter den Vorsitzenden des KONGRA GEL, Dr. Remzi Kartal und dessen Vorgänger, Zübeyir Aydar, um deren Auslieferung die türkische Regierung schon längere Zeit bemüht ist.

### **Anti-PKKler-Treffen in Stuttgart**

Am 11. Dezember 2006 waren der US-„Anti-PKK“-Koordinator Joseph Ralston und sein türkischer Kollege Edip Başer im US-amerikanischen Militärstützpunkt in Vaihingen bei Stuttgart zusammengetroffen. Hierbei sind ein Zeitplan erstellt und eine Vereinbarung über das gemeinsame Vorgehen im Kampf gegen die PKK-Kampf geschlossen worden, z. B. Aufruf an PKK-Mitglieder zur Kapitulation, Unterbindung von Tätigkeiten im Irak und anderen Ländern, Austrocknen der Finanzierungsquellen der Organisation sowie Ergreifung von hochrangigen Führungsmitgliedern der PKK sowie deren Auslieferung an die Türkei.

Am 25. und 26. Januar 2007 fand in Istanbul unter Vorsitz der Sprecherin der US-Botschaft, Kathy Schalow, ein „Runder Tisch“ statt zum Thema „Kampf gegen die

#### Fußnote

1) Frank Urbancic war in der Zeit zwischen 1999 und 2002 Generalkonsul in Istanbul. Kontakt zu Tayyip Erdogan hatte er bereits vor Gründung der AKP. Es wurde gar von einer „Männerfreundschaft“ gesprochen.

2) Rasmussen war von 1998 bis 2009 Vorsitzender der rechtsliberalen Venstre-Partei und von 2001 bis 2009 dänischer Ministerpräsident.

PKK und den internationalen Terrorismus“, an dem Juristen, Staatsanwälte sowie Angehörige der Sicherheits- und Geheimdienste der Türkei, USA, aus Holland, Frankreich und Großbritannien teilnahmen. Auf der Agenda stand die Planung, interaktive Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Bereichen des so genannten Antiterrorkampfes einzurichten, insbesondere zur Strategie einer internationalen Zusammenarbeit hinsichtlich der strafrechtlichen Verfolgung der PKK im Jahre 2007.

### Razzien in Europa und Proteste

Ende Januar 2007 kam es in mehreren deutschen Städten zu zahlreichen Razzien in kurdischen Vereinen und Durchsuchungen von Privatwohnungen.

Gleiches ereignete sich in Großbritannien, Belgien und insbesondere in Frankreich. Die französische Justiz ließ in den Tagen vom 5. bis 6. Februar 15 teils prominente kurdische Politiker wegen des Vorwurfs einer angeblichen „Finanzierung von Terrorismus“ verhaften, darunter den Mitbegründer der PKK, Riza Altun und Nedim Seven. Gegen diese konzertierten Polizeiaktionen protestierten tausende Kurdinnen und Kurden u. a. in London, Brüssel, Paris und Hamburg vor französischen Konsulaten und forderten die Freilassung der Festgenommenen.

Riza Altun wurde am 23.2. freigelassen und hat das Land verlassen. In Österreich ist er im Juli 2007 nach neun Tagen Haft wieder auf freien Fuß gesetzt worden und konnte sich in den Nordirak absetzen. Dort habe Berichten von Insidern zufolge Frankreich versucht, ihn nach der Landung verhaften zu lassen, was nicht stattfand. Der österreichische Botschafter wurde ins türkische Außenministerium zitiert und ihm bedeutet, dass es „inakzeptabel“ sei, einen per Interpol gesuchten „Terroristen“ ausreisen zu lassen.

### März 2007: Sakine Cansiz in Auslieferungshaft genommen

In der Folgezeit nahmen auch die Auslieferungsersuchen der Türkei sprunghaft zu.

Am Abend des 19. März 2007 ist die kurdische Politikerin Sakine Cansiz in Hamburg festgenommen worden. Grundlage war ein vom Staatssicherheitsgericht in Malatya ausgestellter Internationaler Haftbefehl, mit dessen Hilfe die Türkei die Auslieferung von Sakine Cansiz wegen „Zugehörigkeit zu einer terroristischen Organisation“ erreichen wollte. Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts jedoch lehnte am 25. April eine Auslieferung ab und hob den Haftbefehl auf.

Die Entscheidungen der deutschen und österreichischen Gerichte führten in der Türkei wie erwartet zu heftigen Protesten.

Dass die koordinierte Bekämpfung der kurdischen Strukturen und ihrer Vertreter\_innen durchgehend auf der strafrechtlichen Verfolgungsagenda steht, zeigen die permanenten Angriffe seitens der Türkei. Dass sich die Aggressionen insbesondere gegen kurdische Politiker richten, die in der ein oder anderen Weise in politische Lösungsprozesse eingebunden sind, ist auch aus dem nachfolgenden Kapitel ersichtlich.

### Türkischer Ministerpräsident Erdogan kritisiert erneut Frankreich und Deutschland

#### *Festnahme von Adem Uzun, Vorstandsmitglied des Kurdischen Nationalkongresses (KNK)*

Ende September 2012 hatte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in einem Gespräch mit dem privaten Fernsehsender NTV Frankreich und Deutschland beschuldigt, Ankara im Kampf gegen die PKK nicht zu unterstützen: „Im Gegenteil, sie lassen die Terroristenführer in ihren Ländern frei herumlaufen.“ Die Reaktion der „sozialistischen“ Regierung unter Francois Hollande folgte auf dem Fuße: Am 6. Oktober 2012 ist Adem Uzun, der mutmaßliche Euro-



Paris, 12.1.2013, Die ganze Wahrheit wollen wir!

paverantwortliche der PKK, von Kräften der Anti-Terror-Behörde in Paris festgenommen worden. Im Zuge eines im Juli dieses Jahres eingeleiteten Ermittlungsverfahrens wegen angeblicher Organisationsfinanzierung hat die Polizei neben einem weiteren Kurden in Paris am darauffolgenden Tag zwei Kurden in den nordwestlichen Gemeinden Evron und Saint-Ouen-l'Aumone festgenommen.

Wie die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, YEK-KOM in ihrer Pressemitteilung vom 12. Oktober erklärte, handele es sich bei Adem Uzun um das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Kurdischen Nationalkongresses (KNK) Er sei als Delegierter des KNK für diplomatische Arbeiten nach Paris gereist, um die anstehende „Westkurdistan(Nordsyrien)“-

Konferenz am 13. Oktober mit vorzubereiten. Er bemühe sich seit Jahren um eine „friedliche und politische Lösung des Konflikts zwischen der Türkei und der kurdischen Bevölkerung“. Die Verhaftung bedeute einen weiteren Schlag gegen die „Friedensbemühungen des kurdischen Volkes und sei als direkte Unterstützung des türkischen Staatsterrors“ zu bewerten. Es handele sich um einen „politischen Akt, welcher im Zusammenhang mit der steigenden Repression gegen kurdische Aktivist\_innen in ganz Europa“ stehe. Kritik übt YEK-KOM auch am französischen Präsidenten Francois Hollande, der „als Sozialist vor der Wahl eine offene und solidarische Politik angedeutet und versprochen“ habe. Doch unterscheide sich dessen Politik kaum von der der konservativen Sarkozy-Regierung.

### **Frankreich: Rund 200 Festnahmen seit 2007**

Angaben der kurdischen Nachrichtenagentur ANF zufolge seien in Frankreich seit dem Jahre 2007 rund 200 kurdische Aktivist\_innen „ohne jeglichen Grund festgenommen und inhaftiert“ worden. Außerdem habe die Staatsanwaltschaft im Jahre 2011 das Ahmet-Kaya-Kulturhaus in Paris geschlossen. YEK-KOM beklagt, dass sich die europäischen Staaten „immer wieder“ zu „Handlangern“ der kurdenfeindlichen türkischen Politik machten, „indem sie in ihren Ländern ebenfalls kurdische Aktivist\_innen einsperren und zu Haftstrafen verurteilen“.

Auch die Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK) kritisiert die Verhaftungen scharf und erinnert in ihrem Statement an die unrühmliche Rolle, die Frankreich 1923 bei der Vierteilung Kurdistans gespielt habe und fordert die französischen Behörden auf, ihre antagonistische Haltung gegen den Freiheitskampf der Kurden aufzugeben. Derzeit scheint es aber in eine andere Richtung zu gehen. Ende September war bekannt geworden, dass die französische Regierung ein gemeinsames Abkommen mit der Türkei über eine engere Zusammenarbeit just an dem Tag unterzeichnet hat, an dem die Kurden festgenommen worden sind – quasi als Zeichen der Ernsthaftigkeit Frankreichs. Wie dem MESOP-Newsletter vom 9. Oktober zu entnehmen war, soll im Rahmen dieser Kooperation auch über die künftige Auslieferung inhaftierter PKK-Mitglieder verhandelt und eine Vereinbarung geschlossen worden sein. Der Tageszeitung „Zaman“ zufolge soll es hierbei u. a. um die kurdischen Aktivisten Nedim Seven und Canan Kurtyilmaz gegangen sein.

Dieser (unvollständige) Blick auf die Hintergründe einer international gesteuerten Bekämpfung der kurdischen Bewegung, ihrer Strukturen und ihrer Aktivistinnen und Aktivisten macht deren Bedeutung und Gefährlichkeit deutlich. Die schmutzigen Kräfte, die sich die Liquidierung der PKK und ihrer Organisatio-

nen auf die Fahnen geschrieben haben, werden vermutlich nicht ruhen.

Die französische Regierung ist aufgefordert, Licht in das Dunkel der Morde von Paris zu bringen !

(Azadi)

*Kaum war dieser letzte Satz geschrieben, erreichte uns folgender Beitrag der kurdischen Nachrichtenagentur ANF bzw. der Informationsstelle Kurdistan v. 21. Januar 2013:*

### **AKP'ler Şahin: Etwas Ähnliches wie in Paris könnte auch in Deutschland passieren**

Die seltsamen Stellungnahmen der AKP-Abgeordneten zu der Ermordung der drei kurdischen Aktivistinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez am 9. Januar 2013 in Paris, dauern an. Der stellvertretende Ministerpräsident der Türkei M. Ali Şahin hat gesagt, dass etwas Ähnliches wie in Paris auch in Deutschland passieren könne.

M. Ali Şahin hielt auf einer Versammlung der AKP in Karabük eine Rede. Er sprach auch über die Ermordung von Sakine Cansız, Gründungsmitglied der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Fidan Doğan, Vertreterin des Kurdistan-Nationalkongresses (KNK) und Leyla Şaylemez, Jugendaktivistin der kurdischen Freiheitsbewegung in Europa. Laut Şahin hätte in der Türkei ein Prozess begonnen an dessen Ende eine Niederlegung der Waffen stehen könnte. Daneben gäbe es aber auch eine Entwicklung mit dem Ziel diesen Prozess zu sabotieren. Die Ermordung der drei kurdischen Frauen könne ein Teil dieser Sabotage sein. Şahin fuhr mit folgenden interessanten Sätzen fort: „Wir machen die Länder der EU, Frankreich und Deutschland immer wieder darauf aufmerksam. Wir sagen ihnen, dass sie falsch handeln, indem sie die Mitglieder der PKK Terrororganisation in ihren Ländern freies Handeln gewähren. ‘Ihr ernährt die Schlange in eurem Schoß’, das sagen wir ihnen. Aber sie haben es bisher nie ernst genommen. Wir haben so oft die Auslieferung von PKK-Mitgliedern verlangt. Aber sie haben nie darauf reagiert. Aber so langsam sehen sie auch, was ihnen dadurch zustoßen kann. Ich befürchte, dass sich in den folgenden Tagen und Wochen auch in Deutschland ähnliche Vorfälle ereignen können.“

Es sind nun 12 Tage seit dem Mordanschlag in Paris vergangen und es liegt immer noch keine Erklärung zu den Geschehnissen vor. Seit dem ersten Tag gibt der türkische Staat die Art der Berichterstattung der türkischen und französischen Medien vor. Auffällig war, dass schon wenige Stunden nach Bekanntwerden der Ermordung der stellvertretende Vorsitzende und Sprecher der türkischen Regierungspartei AKP Hüseyin Çelik die Erklärung für die Morde von Paris parat hatte: Bei dem Fall handele es sich um eine „innerparteiliche Abrechnung“ der PKK.

Die Aussage von Şahin, in den kommenden Tagen könnte auch in Deutschland etwas Ähnliches passieren, kann als offene Drohung, aber auch als Geständnis verstanden werden.

**Hinweis:** Im Jahre 1991 erschien ein Buch von Eileen MacDonald unter dem Titel „Shoot the women first“; die deutsche Ausgabe „Erschießt zuerst die Frauen“ kam 1992 auf den Markt (Verlag Klett-Cotta, Stuttgart; ISBN 3-608-95847-9). Der Buchtitel bezieht sich auf eine Anweisung für Antiterror-Einheiten der Polizei, sich bei Konfrontationen auf die Frauen zu konzentrieren, weil sie gefährlicher und skrupelloser sein sollen als Männer. Die damals in London lebende freie Journalistin interviewte militante Frauen aus verschiedenen Bewegungen wie der ETA, IRA oder der palästinensischen Intifada. So schreibt sie im letzten Kapitel des Buches „Der Mythos der schwachen Frau“ u.a.: „Wenn ihr Gefühl von Unterdrückung schärfer ist, ist ihr Wunsch zu kämpfen stärker.“

## 12. Januar: Rosa-Luxemburg-Konferenz verabschiedet Resolution zu den Morden

*Die Teilnehmer\_innen der XVIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin verabschiedeten am 12. Januar folgende Resolution:*

Am Abend des 9. Januar wurden die kurdischen Politikerinnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez in den Räumen des kurdischen Informationszentrums in Paris ermordet. Mit Trauer und Wut verurteilen wir diesen Angriff auf die kurdische Befreiungsbewegung und insbesondere auf die kurdische Frauenbewegung. Die Morde können nicht losgelöst von der Verfolgung betrachtet werden, der politisch aktive Kurdinnen und Kurden seit Jahrzehnten in Europa – besonders in Deutschland und Frankreich – ausgesetzt sind.

Razzien, Antiterrorverfahren und Verbote bestimmen ihren Alltag. Dadurch wurde ein politisches Klima

geschaffen, in dem schon 1993 der kurdische Jugendliche Halim Dener von einem deutschen Polizeibeamten straflos erschossen werden konnte. Die Teilnehmer\_innen der Rosa-Luxemburg-Konferenz übermitteln der kurdischen Bevölkerung ihre Solidarität und ehren die drei ermordeten Genossinnen. Hoch die internationale Solidarität !

## Hunderttausende bei Trauer-Zeremonie für Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez in Amed fordern Gerechtigkeit und Frieden

*Das kurdische Frauenfriedensbüro CENÎ e.V. schrieb in seiner Pressemitteilung vom 17. Januar:*

[...] Den Aufrufen des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK), der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH) und der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) folgend, beteiligten sich Hunderttausende an der heutigen zentralen Zeremonie auf dem Batikent-Platz in Amed. Als Ausdruck der Trauer hatten sich die KundgebungsteilnehmerInnen schwarz gekleidet und als Symbol für ihre Forderung nach einem gerechten Frieden weiße Tücher, bzw. Schals umgebunden. Nach der Aufbahrung der Särge begann die Zeremonie mit einer Gedenkminute für die Ermordeten. Nach Ansprachen der Co-Vorsitzenden der BDP Diyarbakır, Zübeyde Zümrüt, und des Oberbürgermeisters von Diyarbakır, Osman Baydemir, brachten weitere BDP-Abgeordnete und DTK-VertreterInnen ihre Trauer über den Mord an den drei kurdischen Politikerinnen zum Ausdruck.

Die Parlamentsabgeordnete Aysel Tugluk sagte: „Dieses Massaker ist ein Massaker gegen den Frauenkampf. Die Schüsse wurden auf den Frieden und auf die Völkerfreundschaft abgefeuert.“

Der Co-Vorsitzende der BDP Selahattin Demirtas betonte in seiner Rede, dass das kurdische Volk mutig und aus diesem Grund zum Frieden bereit sei. „Wir erklären nochmals, dass wir hinter Herrn Öcalan stehen“, sagte er. Dass das kurdische Volk die drei ermordeten Frauen von Paris bis Amed auf seinen Schultern getragen habe, sei eine klare Botschaft. Der Wille des Volkes, der in Paris hingerichtet werden sollte, habe sich auf dem Weg nach Amed in eine Manifestation von Millionen verwandelt.

Auch die Angehörigen von Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez erklärten gegenüber den versammelten Menschenmassen, dass sie am Kampf ihrer Kinder für Frieden und Freiheit festhalten werden.

Im Vorfeld der heutigen Trauer-Zeremonie hatten türkische Regierungsvertreter und Medien vor „Provokationen“ gewarnt und zur „Besonnenheit“ aufgerufen. Dieser Aufruf muss als eine erneute zynische Reaktion der



AKP-Regierung gewertet werden. Denn während die Trauerzeremonien und Proteste der kurdischen Bevölkerung gegen den Mord sich durch großen Respekt vor den ermordeten Frauen und ihren Angehörigen auszeichnen, bombardierte die türkische Luftwaffe wiederholt stundenlang Gebiete in Südkurdistan (Irak). Gestern wurde bekannt, dass bei diesem – nach Angaben des türkischen Militärs – bislang größten Luftangriff auf Gebiete in Südkurdistan weitere sieben Menschen ihr Leben verloren haben. Dörfer wurden bombardiert, Wohnhäuser der Zivilbevölkerung zerstört.

Hieraufhin stellte der DTK Vertreter Ahmet Türk auf der heutigen Kundgebung in Amed berechtigter Weise die Frage an die türkische Regierung: „Was für eine Besonnenheit ist das, in der die Kandil-Region bombardiert wird?“

### Die Ermittlungen der französischen Behörden zu den politischen Morden in Paris verlaufen in Zusammenarbeit mit der Türkei!

Nachfolgend zitieren wir aus einer Pressemitteilung der Föderation der kurdischen Vereine in Frankreich, FEYKA:

Die kurdische Gemeinschaft ist ernsthaft um die Unabhängigkeit der französischen Ermittlungen zu den Morden besorgt, da seit Anbeginn der Untersuchungen viele Informationen an die Medien herangetragen worden sind, die eben diesen Aspekt gänzlich in Frage stellen.

Hüseyin Celik, Sprecher der türkischen Regierung, hatte bereits am Morgen nach den Morden (10. Januar 2013), ohne jegliche Untersuchungsergebnisse abzuwarten, behauptet: „Bei diesen Morden handelt es sich um eine Abrechnung innerhalb der Organisation“. Hiermit war uns allen auch klar, in welche Richtung die Untersuchungen gelenkt werden sollten. Obwohl ein breiter Konsens dazu besteht, dass dieses

Verbrechen die sich andeutende friedliche Lösung der kurdischen Frage sabotieren sollte, ist es uns ein Rätsel, weshalb die französischen Behörden keinerlei Dementis zu den in den türkischen und französischen Medien kursierenden Verdächtigungen abgeben haben, die sich allesamt auf die französischen Sicherheitsbehörden berufen. Hierbei wird die kurdische Seite mit Berufung auf den französischen Sicherheitsapparat als Täter offen präsentiert und die Wahrscheinlichkeit einer türkischen Täterschaft außen vor gelassen. Daher mehren sich bei uns die Zweifel an der Unabhängigkeit der Ermittlungen.

Wir möchten anhand von zwei Beispielen den Sachverhalt etwas konkretisieren:

Die Zeitung Le Figaro schreibt in ihrer Ausgabe vom 10. Januar 2013 folgendes: „Nach unserem Kenntnisstand sind die drei Exekutionen nicht vom türkischen Geheimdienst verübt worden, sondern scheinen sie viel mehr eine Abrechnung innerhalb der PKK-Organisation zu sein. Laut französischen Sondereinheiten ist eine Beteiligung des türkischen Geheimdienstes an dieser Operation innerhalb Frankreichs eher undenkbar. Die polizeiliche Koordination zwischen Paris und Ankara läuft gut. Zwischen den Antiterrorabteilungen der jeweiligen Länder gibt es einen Informationsaustausch. In diesem Rahmen ist eine Beteiligung des türkischen Geheimdienstes undenkbar, viel mehr Unsinn ...“ (*Le Figaro*, 10. Januar 2013) (<http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2013/01/10/01016-20130110ARTFIG00423-trois-militantes-kurdes-abattues-a-paris.php?cmtpage=8>)

Die türkische Zeitung Star schreibt dazu am 20. Januar 2013: „Nach der Tötung der drei PKK'lerinnen hat der französische Geheimdienst in seiner vorab Mitteilung nach Ankara mitgeteilt, dass dies eine Abrechnung innerhalb der PKK ist. In Zusammenhang zu diesem Anschlag haben die Geheimdienste und Polizei in Paris und Ankara Informationen ausgetauscht und sehr wichtige Verbindungen zu den Verdächtigten innerhalb der PKK-Organisation aufgedeckt. ...“

(Star, 20. Januar 2013) (<http://haber.stargazete.com/guncel/paris-cinayetlerinde-flasgelisme/haber-720999>)

(PM FEYKA v. 20.1.2013)





## Anwerben zur Denunziation

Mit dem Azadî-Info 120 hatten wir auch eine ins Deutsche übersetzte Reportage aus der Yeni Özgür Politika (Neue Freie Politik) vom 22. Dezember 2012 über verstärkte Spitzel-Anwerbeversuche des hessischen Inlandsgeheimdienstes verbreitet.

Nachfolgend zitieren wir aus weiteren Beispielen:

### ...Du kannst eine Menge Geld verdienen

„Ich heiße S.M. und bin 20 Jahre alt. Vor etwa einem Jahr habe ich an einer Kundgebung vor der Frankfurter Hauptwache teilgenommen. Hintergrund war die Ermordung von 34 Guerillakämpfern mit chemischen Waffen in Celê durch den türkischen Staat. Wir hatten als Protestaktion für zwei Tage ein Zelt in der Innenstadt aufgestellt, um auf dieses Verbrechen aufmerksam zu machen. Ich war den ganzen Tag dort. Am zweiten Tag musste ich aber für kurze Zeit weg. Später habe ich erfahren, dass es am Zelt zu Auseinandersetzungen mit türkischen Faschisten gekommen war.

Einer von der Kriminalpolizei hat mich später, als ich wieder an der Hauptwache war, angesprochen. Er meinte, er wolle mit mir als Zeugin für den Zwischenfall am Zelt sprechen. Wir alle kennen diese Person, weil er bei jeder kurdischen Demo dabei ist und die Jugendlichen mit Vornamen anspricht. Als ich ihm sagte, dass ich nichts gesehen habe, meinte er, dass er mit mir befreundet sein möchte. Auf seiner Karte waren sowohl die handy-Nr. als auch seine persönliche Nummer vermerkt.

Am nächsten Tag rief er bei uns zu Hause an. [...] Er sagte, dass er wisse, dass ich zur Zeit keine Schule besuche und er mir dabei behilflich sein könne, eine neue Schule zu finden. Ich wies das Angebot zurück, woraufhin er sagte: Wenn du mit uns arbeitest, kannst du eine Menge Geld verdienen. Niemand wird dahinterkommen, dass du mit uns arbeitest. Ich habe daraufhin einfach den Hörer aufgelegt. Er hat es nach ein paar Tagen mehrfach wieder versucht.

Zuletzt hat er mich vor der Berlin-Demo angerufen und mich gefragt, wer denn alles aus Frankfurt nach Berlin fahren will und wer das organisieren würde. Ich sagte ihm, dass ich von nichts wisse und er mich in Ruhe lassen soll. An Silvester hat er sich per SMS bei mir gemeldet. Er wollte sich erneut mit mir treffen. Diesmal bin ich zu einem Anwalt gegangen und habe ihm die Situation erklärt. Er hat der Kriminalpolizei einen Brief geschrieben und gefragt, weshalb ich verfolgt werde und solche Angebote erhalte. Die Antwort lautete sinngemäß, dass nichts Besonderes sei und ich ohnehin nicht mit ihnen reden würde.“

### Ich lasse mich nicht einschüchtern

„Im Oktober bin ich mit meiner Familie für drei Wochen in die Türkei geflogen. Als wir wieder in Frankfurt ankamen, gab es direkt beim Ausstieg aus dem Flieger eine Kontrolle. Der Polizist schaute sich meinen Ausweis ganz genau an und rief einen anderen Polizisten hinzu, der mich dann in ein Zimmer führte. Ich fragte, was sie denn von mir wollten und sie erklärten, dass ich an einer Vielzahl von Aktionen teilgenommen hätte und sie deshalb die Richtigkeit meiner Adresse prüfen würden. Nach einer Zeit haben sie mich dann wieder gehen lassen.

Ich merke, dass ich seitdem verfolgt werde. Sie versuchen, mir eine Falle zu stellen, um das dann gegen mich zu benutzen. Aber ich werde mich davon nicht einschüchtern lassen und weiter an Demos teilnehmen.“

### YEK-KOM: Fragwürdige Anwerbemethoden „unakzeptabel“ und „besorgniserregend“

Zu der Vielzahl von Anwerbeversuchen durch den Verfassungsschutz, erklärte die Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland, YEK-KOM u.a., kurdische Jugendliche würden mit fragwürdigen Methoden bedrängt, Organisations- und Vereinsstrukturen ausspionieren. Es sei unakzeptabel, dass Menschen zu Hause „oder auf der Arbeitsstelle von VS-Personen aufgesucht in vielen Fällen versprochen werde, dass sie bei einer Mitarbeit eine zuvor beantragte deutsche Staatsangehörigkeit oder Niederlassungserlaubnis bzw. regelmäßig ‚große Summen Geld‘ erhalten würden.“ Lehnten sie jedoch Angebote ab, würden „oftmals längere Wartezeiten auf beantragte, existenziell wichtige

Dokumente oder eine Ablehnung des beantragten Status angedroht oder weitere negative Konsequenzen, wie existenzbedrohende Sanktionen gegen die Angesprochenen oder deren Familien“. Ein solches Vorgehen verletze die Integrität der Jugendlichen „massiv“ und dränge sie in „existenzgefährdende Situationen“.

Die Gefahr für die demokratische Grundordnung gehe in der Bundesrepublik „nicht von den hier aufgewachsenen kurdischen Jugendlichen aus, die sich demokratisch in Vereinen organisieren und sich dort für Demokratie und Menschenrechte sowie die Anerkennung der kurdischen Identität engagieren, sondern von den offensichtlich rechts- und verfassungswidrigen Methoden der Verfassungsschutzbehörden“.

Sollte vonseiten des Staates ein Bedarf an Informationen über die Situation der Kurdinnen und Kurden in Deutschland bestehen, könne man sich an entsprechende kurdische Migrant\_innenorganisationen wenden.

Nicht zuletzt hätten „viele hier lebende Kurdinnen und Kurden ihre Heimat verlassen müssen, weil sie vom türkischen Staat und seinem Geheimdienst massiv unter Druck gesetzt worden“ seien, „als so genannte Dorfschützer gegen die eigene Bevölkerung – auch bewaffnet – vorzugehen“.

Deshalb sei es „besorgniserregend“, dass auch der bundesdeutsche Inlandsgeheimdienst versuche, die „kurdische Bevölkerung mit fragwürdigen Methoden zu spalten, einzuschüchtern und dazu zu bringen, die eigene Community zu denunzieren“.

YEK-KOM behalte sich vor, „künftig alle Versuche der Verfassungsschutzbehörden, Kurdinnen und Kurden als Spitzel anzuwerben, öffentlich zu machen.“

(aus PE Yek-kom v. 4.1.2013/Azadi)

## **Kriminalpolizei diffamiert Vereinsvorsitzenden bei Verwandtschaft als „Terrorist“**

### **Faik S. wendet sich an EU-Gerichtshof für Menschenrechte**

Der ehemalige Vorsitzende des kurdischen Mezopotamya Kulturvereines in Frankfurt/M., Faik S., berichtet gegenüber unserer Zeitung, wie die Repression gegen ihn seit seiner Wahl zum Vereinsvorsitzenden schlagartig zugenommen hat. Faik S., der seit 20 Jahren in Europa lebt, berichtet von Hausdurchsuchungen, der Aufhebung seines Aufenthaltstitels, der Observierung seiner Wohnung und Verfolgung seiner Ehefrau und seiner Kinder durch Polizeibeamte.

Als Begründung für die Aufhebung des Aufenthaltstitels habe man ihm gegenüber angegeben, dass er eine Vielzahl von Demonstrationen und Kundgebungen angemeldet habe. Zudem habe man versucht, ihn für die Ausschreitungen beim kurdischen Kulturfestival im September in Mannheim verantwortlich zu machen. „Ein Kriminalpolizist behauptete mir gegen-

über, dass ich diese Ausschreitungen organisiert hätte, was schlichtweg absurd ist, weil ich in der Zeit gar nicht in Deutschland war“, berichtet Faik S. weiter.

Auch wurden Verwandte von ihm von der Kriminalpolizei aufgesucht. Hierbei sollen sie versucht haben, Faik S. anzuschwärzen, indem sie ihn als Terroristen zu diffamieren versuchten. Auch wegen der Verfolgung und Beschattung seiner Kinder und Ehefrau will er rechtliche Schritte einleiten. So habe er einen Antrag beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht und einen Brief an das Justiz- und Innenministerium gerichtet.

## **Hasan N. in Kroatien festgenommen**

### **Türkische Justiz ersucht um seine Auslieferung**

Am 1. Januar 2013 wurde Hasan N. in der Nähe von Zagreb (Kroatien) aufgrund eines Auslieferungssuchens der türkischen Justiz festgenommen. Unmittelbar nach seiner Inhaftierung ist er in einen Hungerstreik getreten, den er nach über zwei Wochen inzwischen beendet hat.

Dies ist nicht der erste Versuch der Türkei, eine Auslieferung des Kurden zu erwirken:

Einige Jahre zuvor hatten die türkischen Justizbehörden – mit Verbalnote vom 15. 5. 2007 – die Auslieferung von Hasan N. zur Strafverfolgung in der Türkei beantragt.

Der Haftbefehl war durch das Schwurgericht in Izmir vom 19.2.2007 ergangen, auf der Grundlage einer Anklageschrift der leitenden Oberstaatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts in Izmir vom 21.12.1993. Darin wird dem Kurden die Mitgliedschaft in der „terroristischen“ PKK vorgeworfen und er beschuldigt, gemeinsam mit anderen Angehörigen dieser Vereinigung im Sommer 1993 drei Tankstellen überfallen und beraubt zu haben. Was von den türkischen Behörden unter dem Aspekt eines Staatsschutzdeliktes nach Art. 125 des türk. Strafgesetzbuches verfolgt wird.

Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Karlsruhe hat jedoch am 8. August 2007 beschlossen, den Antrag auf Erlass eines Auslieferungsbefehls wegen „derzeit vorliegender Erkenntnisse“ über ein Auslieferungshindernis nach § 73 IRG i.V.m. Art. 3 EMRK und Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 2 GG“ abzuweisen. Aus diesem Grund könne dem Auslieferungssuchen der türkischen Justizbehörden nicht entsprochen werden, so dass sich die Auslieferung „als von vornherein unzulässig im Sinne des § 15 Abs. 2 IRG erweist und der Erlass eines Auslieferungshaftbefehls jedenfalls derzeit“ ausscheide. Insbesondere bezog sich der Senat auf die Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, das auf der Grundlage eines Urteils des Verwaltungsgerichts (VG) Freiburg

vom August 2003 ein Abschiebehindernis bezüglich der Türkei (§ 53 Abs. 1 und 4 AuslG) anerkannt hat.

Das VG war in seiner Entscheidung nämlich davon ausgegangen, dass Hasan N. wegen seiner Mitgliedschaft in der PKK im Falle einer Rückkehr in die Türkei „mit erheblicher Wahrscheinlichkeit menschenrechtswidrige Behandlung“ drohe und er der Folter durch türkische Sicherheitskräfte ausgesetzt“ sein werde.

Der Verfolgte habe im übrigen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren die Anklageschrift der leitenden Oberstaatsanwaltschaft des Staatssicherheitsgerichts in Izmir vom 21.12.1993 und die ihm dort vorgeworfenen Taten bestritten.

1993 ist Hasan N. erstmals festgenommen, gefoltert und zunächst von Gerichten in Diyarbakir und Mardin zu 36 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Nach der Aufhebung dieser Straferkenntnisse durch das oberste türkische Gericht konnte er seinen Angaben zufolge auf dem Weg zum Staatssicherheitsgericht in Izmir fliehen. Bis zu seiner Ankunft in Deutschland im Jahre 2001 habe er sich mit gefälschtem Pass in Istanbul versteckt gehalten. Die Richter des VG waren nicht nur vom erlittenen Verfolgungsschicksal des Kurden überzeugt, sondern auch davon, dass dem Kurden im Falle seiner Abschiebung menschenrechtswidrige Behandlung und Folter drohen würden.

Dieser Auffassung schloss sich auch das OLG Karlsruhe an: „Es bestehen erhebliche Anhaltspunkte dafür, dass der Verfolgte wegen seiner Mitgliedschaft in der PKK im Falle seiner Auslieferung zumindest im

Polizeigewahrsam einer menschenrechtswidrigen Behandlung und der Folter ausgesetzt sein würde.“

Außerdem stellte das Gericht fest: „Hinzu kommt vorliegend, dass dem Verfolgten eine – wenn auch grundsätzlich auslieferungsfähige – politisch motivierte Straftat vorgeworfen wird, bei welcher die Durchführung einer Tatverdachtsprüfung regelmäßig geboten ist, und eine solche im Falle von Auslieferungsersuchen der Türkei bislang in den meisten vom Senat entschiedenen Fällen nicht zur Annahme eines hinreichenden Tatverdachts geführt hat.“

Hasan N. lebt seit vielen Jahren mit seiner Familie in Süddeutschland. An den Folgen eines schweren Arbeitsunfalls leidet der Kurde noch heute und ist dringend auf Medikamente angewiesen.

Seine Interessen vertritt ein in Auslieferungsfragen erfahrener Rechtsanwalt in Zagreb; Hilfestellung leistet zudem eine dort ansässige Menschenrechtsorganisation.

Erst kürzlich ist die türkischstämmige Journalistin Vicdan Sahin Özerdem in Kroatien aus der Haft entlassen worden, weil der Oberste Gerichtshof des Landes eine Auslieferung an die Türkei abgewiesen hat. Frau Özerdem konnte zu ihrer Familie nach Mainz zurückkehren.

(Azadi)

# REPRESSION/ ANTIREPRESSION

## **Silvester: Demos und Kundgebungen vor bundesdeutschen Knästen**

Aus Solidarität mit politischen Gefangenen, haben in der Silvesternacht verschiedene Initiativen in mehreren Städten – u. a. in Berlin, Köln, Frankfurt/M., Stuttgart – Demos und Kundgebungen vor Gefängnissen organisiert. So rief in Frankfurt/M. die Rote Hilfe und ein Solidaritätskomitee zu „Freiheit für Sonja und Christian auf, wo seit Monaten die 1933 geborene Sonja Suder und ihr 70jähriger Lebensgefährte Christian Gauger einsitzen. Sie werden beschuldigt, in den 1970er Jahren an Anschlägen der Stadtguerilla „Revolutionäre Zellen“ (RZ) beteiligt gewesen zu sein. In Berlin fanden unter dem Motto „Grenzen und Mauern einreißen – für eine solidarische Gesellschaft“ zwei

Demos statt – zum Frauenknast in Lichtenberg und zur JVA Moabit.

In Stuttgart mobilisierten verschiedene linke Gruppen zu einer Demo „Raus auf die Straße – Für ein revolutionäres 2013 – Für Solidarität und Klassenkampf – Kapitalismus abschaffen“. Das Bündnis „Für eine Gesellschaft ohne Knäste“ hatte zur Demo mit Kundgebung vor die JVA Köln-Ossendorf aufgerufen.

## **Finanzamt Wuppertal widerruft Gemeinnützigkeit von COURAGE:**

**Frauenverband sei „Vorfeldorganisation“ der MLPD und „extremistisch“**

Vor Weihnachten hat das Finanzamt Wuppertal dem Frauenverband COURAGE rückwirkend ab 2010 die

Gemeinnützigkeit aberkannt. In der Begründung heißt es u.a.: „Der Verein wurde im Verfassungsschutzbericht 2010 als Vereinigung erwähnt, bei der es belegbare Hinweise für eine Einstufung als extremistische Vereinigung gibt.“ Courage nennt das eine „Unverschämtheit“ und hat Widerspruch gegen diese Entscheidung eingelegt sowie Akteneinsicht gefordert. Die Vorwürfe gegen den Verband, er sei „Vorfeldorganisation der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)“ und würde von ihr finanziert, seien nicht neu und bestünden seit Bestehen des Vereins im Jahre 1991, erklärte Bernadette Leidinger-Beierle, Sprecherin des Bundesvorstands bei Courage. Diese Behauptungen seien unhaltbar und üble Nachrede. Es sei nicht akzeptabel, dass der Verfassungsschutz über Wert und Nutzen von zivilgesellschaftlichen Organisationen entscheide, weil er weder Beweispflicht habe noch kontrolliert werden könne. Desweiteren sei „extremistisch“ kein verbindlicher Rechtsbegriff, wie auch das Bundesverfassungsgericht bestätigt habe.

(ND v. 8.1.2013/Azadi)

## **BKA richtet Zentrum für Entwicklung von verschlüsselter Quellen-TKÜ ein**

Zur Überwachung verschlüsselter Internet-Kommunikation (Quellen-TKÜ) hat das Bundeskriminalamt (BKA) eine Behörde mit dem sperrigen Namen „Kompetenzzentrum Informationstechnische Überwachung“ eingerichtet. Hier soll ein eigenes Programm für die Ausspähung von Skype-Telefongesprächen, verschlüsselten emails und Chats entwickelt werden, nachdem das BKA im Herbst 2011 die Spionage-Software der Fa. Digitask gestoppt hatte. Mit der Fertigstellung eines Trojaners werde erst Ende 2014 gerechnet – so ein als VS klassifizierter Bericht des Innenministeriums. Bis dahin müssten Zollbehörden, Landeskriminalämter und das BKA auf die Quellen-TKÜ verzichten. Deshalb werde das „Kompetenzzentrum“ eine Zwischenlösung mithilfe privater Staatstrojaner prüfen, wobei auch der Quellcode – Bauplan der Software – analysiert werde.

(Süddt.Ztg. v.18.1.2013/Azadi)

# **GERICHTSURTEILE**

## **Einbürgerung bei Falschangaben nichtig**

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat in einem am 7. Januar veröffentlichten Urteil entschieden, dass Einbürgerungen unter falscher Identität grundsätzlich nichtig sind.

Damit wurde die Klage eines aus Pakistan stammenden Mannes zurückgewiesen, der sich im Juli 2004

unter falscher Identität hat einbürgern lassen. Dadurch habe er alle Überprüfungen der Behörde unterlaufen und die deutsche Staatsangehörigkeit erlangt, deren Voraussetzungen er aber nicht erfülle. Somit habe es nie eine wirksame Einbürgerung gegeben.

(jw v. 8.1.2013/Azadi)

# **ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK**

## **Berlin: Demo für Abschiebestopp in den Wintermonaten**

Gegen Abschiebungen während der Wintermonate demonstrierten etwa 60 Menschen vor der Senatsverwaltung für Inneres in Berlin. Die Flüchtlingsorganisationen, darunter der Flüchtlingsrat Berlin, machten darauf aufmerksam, dass insbesondere Minderheiten wie Roma und Sinti in osteuropäischen Ländern diskriminiert würden und kaum Unterstützung erhielten. „In einer Woche wird die Maschinerie der Abschiebung wieder losgetreten“, sagte die Grünen-Abgeordnete Canan Bayram. Zu Zeiten von Rot-Rot habe es

wenigstens einen befristeten Abschiebestopp gegeben, doch merke man der Flüchtlingspolitik an, dass die CDU nun mit in der Regierung sitze. Hakan Tas, migrationspolitischer Sprecher der Linken im Abgeordnetenhaus, kündigte einen gemeinsamen Antrag von Grünen, Piraten und Linkspartei für die Aussetzung von Abschiebungen bis Ende März an.

Schleswig-Holstein, Thüringen, Bremen und Rheinland-Pfalz verzichten in den Wintermonaten auf Zwangsabschiebungen.

(ND v. 29./30.12.2012/Azadi)

# ZUR SACHE: TÜRKEI

## **Türkischer Geheimdienst spricht mit Abdullah Öcalan über Entwaffnung der Guerillav**

Dem Bericht der Tageszeitung „Hürriyet“ zufolge haben Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes MIT am 22. Dezember 2012 ein vierstündiges Gespräch mit Abdullah Öcalan geführt, der seit 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert ist. Die Unterredung habe mit dem Ziel stattgefunden, in den kommenden Monaten einen Zeitplan zur Niederlegung der Waffen durch die PKK-Guerilla zu entwickeln; laut „Hürriyet“ könne mit einer Entwaffnung im Frühjahr begonnen werden. Im Gegenzug könnten hochrangige PKK-Funktionäre freies Geleit und einen Wohnsitz im Exil erhalten, allerdings nicht in der EU und den Nachbarländern der Türkei. Gedacht werde beispielsweise an Australien. „Wir brauchen Resultate. Ich selbst kann als Politiker solche Treffen nicht abhalten, aber der Staat besitzt dafür Agenten, und die können es tun,“ hatte Ministerpräsident Tayyip Erdogan wenige Tage vor Silvester gegenüber dem Staats-TV TRT geäußert. Dessen Berater, Yalcin Akdogan, erklärte gegenüber dem türkischen Fernsehsender NTV, die Geheimdienste stünden mit Öcalan im Austausch, weil dieser bei den Bemühungen um eine Konfliktlösung noch immer als „Hauptakteur“ anzusehen sei.

Abdullah Öcalan soll dem Medienbericht zufolge als ersten Schritt direkte Kontakte mit der PKK sowie bessere Haftbedingungen für ihn selbst verlangt haben.

Parlamentsabgeordnete der kurdischen Partei BDP forderten die AKP-Regierung umgehend auf, die Öffentlichkeit über die Gespräche mit dem PKK-Chef zu informieren.

Frühere Gespräche mit Öcalan sind im Sommer 2011 abgebrochen worden, nachdem Tonprotokolle dieser Geheimkontakte in die Öffentlichkeit lanciert wurden. Um den über 60tägigen Hungerstreik von tausenden PKK- und anderen politischen Gefangenen in türkischen Gefängnissen zu beenden, sind die Kontakte wieder aufgenommen worden.

(FR/jw v. 2.1.2013)

## **Gericht in Diyarbakir verhängt hohe Freiheitsstrafen gegen Kurden**

Mehrere Dutzend Kurden wurden am 3. Januar von einem Schwurgericht in Diyarbakir wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK) sowie wegen „Zugehörigkeit zu einer terroristischen Organisation“ zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Richter verhängten gegen 40 Angeklagte Haftstrafen zwischen drei Monaten und 17 Jahren.

Die Kurden waren 2009 bei einer Großrazzia verhaftet worden. Die Urteile sind die ersten in einer Reihe ähnlicher Verfahren seit den Massenfestnahmen. (ND v. 4.1.2013/Azadi)

## **Ex-Generalstabschef Karadayi festgenommen**

Wegen seiner mutmaßlichen Verwicklung in einen Putschversuch 1997 gegen die damalige islamistische Regierung, wurde Medienberichten zufolge der frühere türkische Generalstabschef Ismail Hakki Karadayi am 3. Januar in Istanbul festgenommen. Necmettin Erbakan war angesichts von aufgefahrenen Panzern in Ankara von seinem Amt zurückgetreten.

Im Zuge von Ermittlungen sind im April letzten Jahres rund 20 frühere Armeeeoffiziere festgenommen worden.

(jw v. 4.1.2013/Azadi)

## **Baustopp für Ilisu-Staudamm**

Der Oberste Gerichtshof der Türkei hat einen sofortigen Baustopp für den Ilisu-Großstaudamm am Oberlauf des Tigris beschlossen, weil dessen Errichtung gegen die türkischen Umweltschutzgesetze verstoße. Damit gab das Gericht einer Klage der türkischen Architekten- und Ingenieurskammer statt. Durch den Bau des Staudamms würden 200 Dörfer und die 11 000 Jahre alte Stadt Hasankeyf mit ihren Monumenten überschwemmt, das ökologisch wertvolle Tigristal zerstört und die Wasserversorgung des Irak gefährdet.

„Nun wird es leichter, das ganze Projekt zu kippen“, äußerte die Sprecherin der türkischen Umweltschutzstiftung gegenüber der Süddt. Zeitung.

(jw/Süddt.Ztg. v. 11.,16.1.2013)

## **International bekannte Musikgruppe „Grup Yorum“ festgenommen**

### **CHP-Politikerin Ülker warnt vor Errichtung eines Polizeistaates**

Am 18. Januar kam es bei Razzien gegen die türkische Linke in mehreren türkischen Städten zur Festnahme von mindestens 85 Personen. Schwer bewaffnete Antiterrorereinheiten stürmten rund 20 Vereinigungen, darunter Anwaltskanzleien, ein Kulturzentrum, die Redaktion der sozialistischen Wochenzeitung Yürürüs (»Marsch«), den Gefangenenhilfsverein TAYAD sowie Privatwohnungen von Anwälten. Laut der Istanbul Staatsanwaltschaft wird den Festgenommenen Unterstützung der revolutionären Volksbefreiungsbewe-

gungs-Front (DHKP-C)vorgeworfen. Analog zu den KCK-Verfahren gegen die kurdische Bewegung handelt es sich bei den jüngsten Opfern der staatlichen Repression aber keineswegs um Militante. Betroffen waren vor allem Musiker, Rechtsanwälte und Studierende. Am spektakulärsten ist wohl die Festnahme aller in der Türkei anwesenden Mitglieder der linken Musikgruppe „Grup Yorum“. Neben der Festnahme der Musiker wurde auch das Aufnahmestudio der Gruppe vollständig zerstört und ein kurz vor der Veröffentlichung stehendes Album beschlagnahmt. Grup Yorum besteht seit 1985 und ist wohl die bekannteste linksoppositionelle Musikgruppe der Türkei. Sie trat auch regelmäßig in Deutschland auf, wo Konzerte für März in Berlin und Juni in Düsseldorf geplant waren.

Auf Proteste stieß insbesondere, dass sich unter den Festgenommenen auch 15 Anwälte befinden, die offen-

sichtlich wegen Ausübung ihrer Berufstätigkeit kriminalisiert werden: Sie hatten die Verteidigung von 50 ihrer Berufskollegen übernommen, die ihrerseits wegen der Verteidigung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan angeklagt sind. Die im Parlament vertretene prokurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) wertete am Wochenende die Verhaftungen als politisch motivierten Schlag gegen oppositionelle Stimmen in der Türkei. „Die Operation zielt darauf, Tausenden Menschen eine juristische Verteidigung zu nehmen.“ Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP), Emine Ülker, warnte unterdessen vor der Errichtung eines Polizeistaates durch eine „faschistische Führung“.

(jw v. 21.1.2013/Azadi)

# KURDISTAN

## Duran Kalkan: 2013 werden politische und militärische Kämpfe markant ansteigen

In einem Interview mit der kurdischen Nachrichtenagentur Firatnews über die politischen Entwicklungen in Kurdistan und im Nahen Osten, prognostizierte Duran Kalkan für das Jahr 2013 einen markanten Anstieg von politischen und militärischen Kämpfen. Nach Auffassung des Mitglieds des Exekutivrates der Union der Gemeinschaften Kurdistans, KCK, wird das Modell der Demokratischen Autonomie in allen Teilen Kurdistans realisiert und mit ihm ein Fortschritt in der Freiheitsrevolution erzielt werden können. Er befürchte, dass sich der Konflikt in Kurdistan zu einem regionalen Krieg ausweitet und die gesamte Region politisch und militärisch beeinflussen werde. „Politische Verhandlungen in Syrien werden auch die Türkei beeinflussen und das globale System zu einer Entscheidung über den Fortgang des Prozesses zwingen. Auf der anderen Seite wird ein Konflikt in Syrien die Türkei und Kurdistan mitten in einen Krieg katapultieren, von dem die Lösung der Kurdenfrage und die Demokratisierung

der Türkei abhängt. Ein Krieg, in dem alle Weltmächte hineingezogen würden. Wenn das der Fall ist, wird das Problem eine regionale und globale Dimension annehmen und eine komplizierte Periode mit sich bringen“, so Duran Kalkan. Die Kurdinnen und Kurden seien jedoch auf der Basis einer dauerhaften Lösung jederzeit zu integrativen politischen Verhandlungen bereit. Sollte sich der Konflikt zu einem Krieg ausweiten, habe die kurdische Bewegung „Vorbereitungen für den militärischen Kampf getroffen“. In diesem Falle müssten die Kurd\_innen „genug Kraft haben, um sich selbst verteidigen zu können.“

(ANF/ISKU v. 24.12.2012/Azadi)



# INTERNATIONALES

## Friedliche Lösung des Konflikts im Baskenland an einem kritischen Punkt

„Mehr als ein Jahr nach dem Ende der bewaffneten Aktionen der baskischen ETA, warten die Menschen in der zwischen Spanien und Frankreich geteilten Region auf weitere Schritte zum Frieden. Eine erste Initiative in diese Richtung könnte die Lösung der Frage der baskischen Gefangenen sein. Die Überführung aller Inhaftierten ins Baskenland, die Freilassung aller schwerkranken Gefangenen, das Ende der Strafverlängerung und die Einhaltung der Menschenrechte gehören zu den Forderungen, für die Tausende am 12. Januar in Bilbao auf die Straße gehen wollen“, schreibt Jon Andoni Lekue, Rechtsanwalt und Vertreter der Abertzalen Linken u. a. in einem Kommentar der „jungen welt“. Die Ursachen des politischen Konflikts – „die territoriale Teilung des Baskenlandes und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts“ – seien immer noch nicht gelöst und die in Madrid regierende spanische Rechte (PP) lehne Verhandlungen vollständig ab. Hingegen unterstützen „alle Parteien, Gewerkschaften und Organisationen in dem unter französischer Verwaltung stehenden Nordbaskenland den Friedensfahrplan vom 17. Oktober 2011“ („Erklärung von Aiete“). „Das Baskenland ist nicht die einzige ‚unzufriedene Ecke‘ innerhalb der spanischen Grenzen – die Forderung nach mehr Autonomie und sogar nach Unabhängigkeit wächst auch in Katalonien rasant“, schreibt Lekue weiter. Dennoch verschärften Paris und Madrid ihre Politik gegenüber den politischen Gefangenen. „Diese grausame Sonderpolitik hat die Entwicklung des Friedensprozesses im Baskenland nun an einen kritischen Punkt gebracht,“ lautet sein Resümee.

(jw v. 2.1.2013/Azadi)

## Europäische Juristinnen und Juristen: Rechte der baskischen Anwältinnen und Anwälte in Spanien garantieren !

Anlässlich des 3. Tages der gefährdeten Anwältin/des gefährdeten Anwalts am 24. Januar, hat die Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V. (ELDH-EJDM) eine Petition an den spanischen Präsidenten und alle Mitglieder der Regierung gerichtet, in der u.a. auf die mehr als 20 baskischen Anwältinnen und Anwälte hingewiesen wird, die während der letzten

zwei Jahrzehnte in Spanien in U-Haft genommen worden sind. Weil sie angebliche Organisationsmitglieder verteidigt hatten oder als Menschenrechtsanwälte aktiv waren, sei allen terroristische Verbrechen in Verbindung mit der ETA oder die Beleidigung des spanischen Staates vorgeworfen worden. „Anschließend stellte sich heraus, dass die meisten der Inhaftierungen unbegründet und ungesetzlich waren“, heißt es in dem Petitionstext. Und weiter: „Spanien ist eines der Länder, in denen AnwältInnen anscheinend bedroht werden, indem Polizeioffiziere wie auch Medien und Justizautoritäten vorschlagen, dass AnwältInnen ebenso verfolgt werden müssen wie ihre MandantInnen“. Die Vereinigung fordert u.a. die Einhaltung internationaler und europäischer von Spanien ratifizierter Verträge, einen unverzüglichen Zugang von Inhaftierten zu einem Anwalt/einer Anwältin, eine freie Beratung, keine Verfolgung, die volle Anwendung der Anti-Folter-Konvention, die Abschaffung der Incommunicadohaft, ein Ende der Verweigerung zur Akteneinsicht, die Bildung einer Kommission zur Untersuchung der Verletzung der Rechte von AnwältInnen sowie deren Freilassung und Entschädigungszahlung für erlittene Menschenrechtsverletzungen.

Kontakt zum Generalsekretär der ELDH-EJDM, Rechtsanwalt [thomas.schmidt@eldh.eu](mailto:thomas.schmidt@eldh.eu)

Der Tag der gefährdeten Anwältin/des gefährdeten Anwalts ist ein Projekt, das 2010 von der Kommission „Verteidigung der Verteidigung“ der Europäischen Demokratischen Anwälte AED/EDL ins Leben gerufen wurde. Hierdurch soll einmal jährlich auf die weltweite Bedrohung von AnwältInnen bei Ausübung ihres Berufes aufmerksam gemacht werden.

(aus dem Petitionstext der EJDM/Azadi)

## Größte Demo in der baskischen Geschichte für die Rechte der politischen Gefangenen

Mehr als 115 000 Demonstrierende – die größte Demo in der Geschichte des Baskenlandes – sind am 12.



Januar in Bilbao für ein Ende der Sondergesetze für baskische politische Gefangene auf die Straße gegangen. Sie zeigten ihre Empörung darüber, dass ein Jahr nach dem Ende des bewaffneten Kampfes der ETA weder die spanische noch die französische Regierung Initiativen zur Lösung des Konfliktes ergriffen haben. Die baskische Bevölkerung hatte mit der „Erklärung von Aiete“ einen entsprechenden Fahrplan mit überwältigender Mehrheit unterstützt. Ein wichtiges Element ist dabei die Einhaltung der Menschenrechte von derzeit 605 Gefangenen. So sind diese auf etwa 80 Gefängnisse in ganz Spanien und Frankreich verteilt

und im Durchschnitt müssen Angehörige eine Anreise von 800 Kilometern bewältigen. Würde spanisches Recht angewandt, müssten 224 Gefangene sofort entlassen werden.

Ein großes Spektrum unterschiedlichster politischen Richtungen und sozialen Bewegungen bis hin zu einer Vielzahl politischer Repräsentanten haben sich an der Manifestation beteiligt. Von den vier größten baskischen Parteien hatte nur die Linkskoalition BILDU den Aufruf zur Demonstration unterstützt.

(jw v. 14.1.2013/Azadi)

# DEUTSCHLAND SPEZIAL

## Weitere Kundus-Hinterbliebene klagen gegen BRD

Über drei Jahre nach dem mörderischen Bombenangriff in der Nähe von Kundus/Afghanistan, fordern weitere Hinterbliebene der Opfer Schadenersatz. Zehn entsprechende Sammelklagen richten sich gegen die Bundesrepublik Deutschland. Rechtsanwalt Karim Bopal aus Bremen hatte bereits im Herbst 2011 eine erste Sammelklage für vier Personen eingereicht, über die bisher nicht entschieden worden ist. Jetzt vertritt der Jurist weitere 79 Kläger.

Am 6. September 2009 sind bis zu 140 Menschen bei einem Luftangriff auf zwei entführte Tanker getötet worden, der von Bundeswehr-Oberst Georg Klein befehligt worden war. Die Zivilisten hatten Benzin aus den festgefahrenen Wagen abgezapft. 2010 hatte das Verteidigungsministerium betroffenen Familien ganze 3 600 Euro „Entschädigung“ zugestanden, während die Höhe der geforderten Zahlungen zwischen 20 000 und 75 000 gelegen haben. Mit der Begründung, es sei bei dem Angriff weder gegen das Völkerstrafgesetzbuch noch gegen das deutsche Strafgesetzbuch verstoßen worden, hatte die Bundesanwaltschaft im April 2010 alle Ermittlungen eingestellt.

Das wiederum ermunterte Verteidigungsminister Thomas de Maizière im September letzten Jahres zu der Ankündigung, Klein zum Abteilungsleiter im neu geschaffenen Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr zu befördern und ihn zum Brigadegeneral zu ernennen, was diesem laut dpa ein Einkommen von rund 11 000 Euro ohne Zuschläge bringen wird.

## Ehrenhain und Todesdrohnen

Gleichzeitig: In Potsdam soll auf Vorschlag des evangelischen Militärbischofs Dutzmann und seines katholischen Kollegen Overbeck ein Ehrenhain für 52 in

Afghanistan gestorbene Bundeswehrsoldaten – darunter drei durch Suizid – errichtet werden.

Gleichzeitig: Die Bundeswehr wünscht sich für künftige Aufgaben am Hindukusch bewaffnete Drohnen; derzeit verfügt sie „nur“ über drei Aufklärungsdrohnen des israelischen Typs Heron. Bereits jetzt sind im Zuständigkeitsbereich der Bundeswehr in Nordostafghanistan vier bewaffnete Drohnen stationiert, die allerdings unter US-amerikanischer Kontrolle stehen. Drohnen sollen in Afghanistan für die „Terrorbekämpfung“ eine immer größere Rolle spielen.

(ND/jw v. 29./30.12.2012/Azadi)

## Saudi-Arabien will deutsche Panzer gegen Aufstände im Innern und gegen den Iran

### Friedensbewegung kündigt verstärkte Proteste für 2013 an

Auf massive Kritik der Friedensbewegung sind Berichte gestoßen, nach denen Saudi-Arabien erneut deutsche Kriegswaffen kaufen will. Der „Bild am Sonntag“ zufolge soll es sich um die Bestellung von 30 ABC-Spürpanzern im Wert von ca. 100 Millionen Euro handeln. Der geheim tagende Bundessicherheitsrat soll bereits seine Zustimmung signalisiert haben. „Deutschland wird zum Hoflieferanten des restriktiven wahabitischen Königshauses und fördert dessen Unterdrückung der eigenen Bevölkerung und die Unterstützung dschihadistischer Gotteskrieger“, kritisierte Manfred Stenner vom Netzwerk Friedenskooperative. Die bereits bekannte Ausrüstung Saudi-Arabiens unter anderem mit Leopard II-Kampfpanzern diene der Bekämpfung möglicher Freiheitsaufstände. Stenner geht zudem davon aus, dass das sunnitische Regime plane, die Waffen auch gegen den schiitischen Iran einzusetzen. „Waffenexporte werden von großen Teilen der Bevölkerung außerordentlich kritisch gesehen“,



**Fidan Doğan**

äußerte sich der Bundesausschuss Friedensratschlag, weshalb die Friedensbewegung ihre Aktivitäten 2013 auf diesem Sektor verstärken werde, „ vor allem an den Rüstungsstandorten“.

Laut einem Bericht der BBC von Anfang Oktober liefert Saudi-Arabien auch Waffen an die Aufständischen in Syrien und ordnete die Entsendung saudischer Offiziere zu deren Ausbildung in Syrien an. Ferner sei bekannt geworden, dass im Auftrag saudischer Geldgeber über die Türkei Waffen und Kämpfer nach Syrien geschmuggelt worden sind. Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete ist für die Bundesregierung längst kein Problem mehr. Das zeigen die Beispiele Türkei, Pakistan, Israel und der Golfstaaten. 2012 wurden Rüstungsexporte in Höhe von 140 Millionen Euro an Saudi-Arabien genehmigt.

(ND/jw v. 31.12.2012/Azadi)

## **Bundeswehr beginnt mit Verlegung von PATRIOT-Raketen in die Türkei**

### **Rostocker Friedensbündnis ruft zu Verweigerungen auf**

Am 6. Januar starteten erste Konvois mit PATRIOT-Abwehrraketen von Standorten in Mecklenburg-Vorpommern nach Travemünde, von wo sie per Schiff in die Türkei transportiert werden sollen. Dabei handelt es sich um rund 300 Fahrzeuge mit etwa 130 Containern. Das Rostocker Friedensbündnis hat sich mit einem offenen Brief an die Anwohner der Straßen und dort stationierte Soldaten gewandt. „Von unserer

Region (...) wird immer wieder Krieg ausgehen, wenn die Beteiligten nicht dazu beitragen, in zu stoppen“, heißt es in dem Appell. Hierzu gehöre auch, dass sich die Einwohner der benachbarten Orte den Kriegsplanungen in den Kasernen ihre Unterstützung verweigern. Die Hafendarbeiter in Travemünde wurden aufgerufen, sich gegen den Krieg zu wenden und die Raketen nicht zu verladen.

(jw v. 7.1.2013/Azadi)

### **Rechte aufbauen und Linke schlagen ist seit jeher Motto von Geheimdiensten und Behörden**

### **NSU ist konsequente Folge deutscher Politik**

„Es ist an der Zeit, über die Ursachen für die Verquickung staatlicher und faschistischer Organisationen nachzudenken. Es ist daran zu erinnern, dass nach den Vorgaben der Alliierten, nach dem Potsdamer Abkommen, nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 10, nach den Polizeibriefen der Militärgouverneure an den Parlamentarischen Rat, dieses Land nie wieder nazistische, faschistische, militaristische Organisationen hätte dulden dürfen.

Wenn das Verbotsverfahren gegen eine militant-faschistische Organisation wie die NPD daran scheitert, dass sie mit V-Leuten durchsetzt und eine staatliche Fremdsteuerung denkbar ist, muss man sich vergegenwärtigen, dass es in diesem Land viele schöne Worte, aber nie einen Bruch mit der Vergangenheit gegeben hat. Der neue Staat wurde mit dem Personal des alten bestückt – in den Behörden, der Justiz und beim Aufbau der Geheimdienste. Die später in BND umbenannte Organisation Gehlen bestand gerade an den Schaltstellen aus ehemaligen Mitgliedern der SS, der SA, des SD, der Gestapo. Das Motto war, die Rechte aufzubauen und die Linke zu schlagen. Der NSU (Nationalsozialistische Untergrund) ist keine Panne, er ist eine konsequente Folge dieser Politik.“ Dies äußerte die Hamburger Rechtsanwältin Gabriele Heinecke in einem Gespräch mit der jungen welt. Zur Frage, ob Sie glaube, dass die Verstrickungen zwischen dem NSU-Netzwerk und den Geheimdiensten und Polizeibehörden tatsächlich aufgearbeitet würden, antwortete die Juristin u.a.: „Ich habe Zweifel. Die Öffentlichkeit wird am Nasenring herumgeführt, wenn glauben gemacht werden soll, dass diese kriminellen Aktionen der Beweismittelvernichtung nur Pannen sind. Dass im Rahmen der Aufklärung der Mordvorwürfe gegen Frau Zschäpe vor dem OLG München die Verstrickungen von staatlichen Stellen und NSU Gegenstand sein wird, wage ich kaum zu hoffen.“

Gabriele Heinecke wird an einer Podiumsdiskussion der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin teilnehmen.

(jw v. 8.1.2013/Azadi)

# NEU ERSCHIENEN

## Ulrich Tilgner enthüllt fatale Logik der Waffen

„Sie suchen gar nicht erst die politischen Fehler, die zu den militärischen Problemen führen und decken deshalb auch nicht auf, dass diese das Ergebnis einer falschen Politik sind.“ Diese Haltung komme jenen Kräften gelegen, die „weiter Kriege führen oder mit Kriegen Politik machen“ wollen. Zu diesem Ergebnis kommt der für das Schweizer Fernsehen arbeitende Journalist Ulrich Tilgner in seinem Buch „Die Logik der Waffen. Westliche Politik im Orient“. Seiner Meinung nach ist die Haltung des Westens, Saudi-Arabiens und anderer Golfstaaten die wesentliche Ursache für das schleichende Scheitern des Arabischen Frühlings.

Ob Bush oder Obama – an der rücksichtslosen Durchsetzung US-amerikanischer Interessen habe sich nichts geändert – die USA sei am Einsatz von Spezialeinheiten in gut hundert Ländern beteiligt. Tilgner sieht die Amtszeit von Obama als „eine Periode der Modernisierung der Militärpolitik und der Kriegführung“, in der der so genannte Antiterrorkrieg vor allem

mit Spezialeinheiten – an deren Einsatz ist die USA in gut einhundert Ländern beteiligt – oder Drohnen geführt werden soll. Bereits jetzt haben Drohnenangriffe zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung in Pakistan, Afghanistan, Jemen und Somalia gefordert. Auch der 2008 durch die Militärgeheimdienste der USA und Israel begonnene „Cyberkrieg“ gegen das Computersystem des iranischen Atomprogramms gehöre dazu, obwohl diese neue Form der Aggression gegen das Völkerrecht verstoße. Der langjährige Nahostkorrespondent und einstige Leiter des ZDF-Büros in Teheran kritisiert in diesem Zusammenhang die Vereinten Nationen, die sich hierzu bislang nicht verhalten haben. Und die westlichen Medien, die das Problem „Sackgasse Krieg“ weitgehend aussparen würden.

(aus der Rezension von Heinz-Dieter Winter, ND v.17.1.2013)

*Ulrich Tilgner: „Die Logik der Waffen. Westliche Politik im Orient“, Orell Füssli Verlag, Zürich. 264 Seiten, 19,95 €*

